

Gliederung

Gliederung	I
A. Einleitung.....	1
I. Problemaufriss.....	2
II. Gang der Untersuchung.....	5
B. Die Rolle der Bundeswehr in historischer Perspektive	8
I. Der Weg zur Wiederbewaffnung	9
II. Streitkräfte für die Bundesrepublik Deutschland – und ihre Widersacher.....	10
III. Der Wendepunkt	11
1. Der Weg zur Souveränität.....	13
(1) EVG – Die europäische Verteidigungsgemeinschaft.....	13
(2) NATO – Die North Atlantic Treaty Organization	14
2. Aufstellung der Streitkräfte	15
IV. Wehrrechtliche Gesetzesgrundlagen zur deutschen Streitkräfteaufstellung	17
1. Erste Schritte zur Wehrverfassung	20
2. Entwicklung des Bundeswehrkonzeptes – von der Aufstellung des Soldaten bis zu Ergänzungen des Grundgesetzes.....	21
3. Kritik an wehrrechtlichen Gesetzesgrundlagen und der Weg zur Anerkennung in der Zivilbevölkerung	22
V. Der militärgeschichtliche Weg bis zur Wiedervereinigung.....	22
VI. Fokusveränderung der Bundeswehr.....	24
1. Paradigmenwechsel in der deutschen Außenpolitik	25
2. Das Out-of-Area-Urteil vom 12. Juli 1994.....	26
VII. Die Bundeswehr im internationalen Einsatz	29
VIII. Zusammenfassende Würdigung und Ausblick.....	36
C. Rechtliche Grundlagen für das Handeln deutscher Soldatinnen und Soldaten	37
I. Verwendung der Streitkräfte auf Grundlage des Art. 87a Abs. 2 GG als Auftrag des Bundes	38
1. Grundfunktion der Streitkräfte in Abgrenzung zu deutschen Polizeiorganen	39
2. Strittiges Verständnis über Reichweite des Art. 87a Abs. 2 GG....	41
(1) Restriktives Verständnis des Art. 87a Abs. 2 GG.....	42
(2) Auslandseinsätze vom Anwendungsbereich des Art. 87a Abs. 2 GG erfasst	43
(3) Einsatz und Verteidigung im Sinne des Art. 87a Abs. 2 GG .	45
a) „Einsatz“ im Sinne des Art. 87a Abs. 2 GG	45
b) „Verteidigung“ im Sinne des Art. 87a Abs. 2 GG.....	48
3. Zusammenfassende Würdigung.....	51

II.	Art. 24 Abs. 2 GG als Rechtsgrundlage zur Entsendung in einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit	52
III.	Der Konstitutive Parlamentsvorbehalt – Im Rahmen der Darstellung der AWACS-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes	54
IV.	Das Parlamentsbeteiligungsgesetz	60
D.	Der Innereinsatz der Streitkräfte und seine verfassungsrechtlichen Grenzen	63
I.	Die aktuelle Sicherheitslage im Hinblick auf terroristische Bedrohungen	64
II.	Das Verschwimmen der Grenzen der Befugnisse – Trennung von äußerer und innerer Sicherheit	68
III.	Der Verteidigungsbegriff im Hinblick auf terroristische Angriffe	71
1.	Angriff <i>von außen</i> auf die Bundesrepublik	72
2.	Erforderlichkeit des Kombattantenstatus	73
3.	Erweiterung des Verteidigungsbegriffes im Hinblick auf terroristische Angreifer	75
(1)	Verteidigung als Abwehr staatlich militärischer Angriffe	76
(2)	Möglichkeit der Angriffszurechnung an einen Staat	76
(3)	Staatliche Zurechnung nicht erforderlich	77
4.	Keine Neuausrichtung von Art. 87a Abs. 2 GG	78
IV.	Die vorhandenen ausdrücklichen Verfassungsvorbehalte im Grundgesetz	81
1.	Rechts- und Amtshilfeanspruch nach Art. 35 Abs. 1 GG	81
2.	Innerer Notstand nach Art. 87a Abs. 4 GG	83
3.	Äußerer Notstand nach Art. 87a Abs. 3 GG	85
4.	Naturkatastrophe oder besonders schwerer Unglücksfall nach Art. 35 Abs. 2 Satz 2, Absatz 3 Satz 1 GG	86
V.	Zwischenbilanz und weiteres Vorgehen	90
VI.	Beleuchtung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. Februar 2006 – 1 BvR 357/05; Nichtigkeit der Abschussermächtigung im Luftsicherheitsgesetz	91
1.	Reichweite des Art. 35 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 1 GG	92
2.	Möglichkeit präventiver Einsatzmaßnahmen der Streitkräfte	92
3.	Kritische Auseinandersetzung mit richterlichen Ausführungen	93
4.	Zusammenfassende Würdigung	94
VII.	Erfolgte Vorschläge zur Verfassungsänderung beziehungsweise Ergänzung	95
1.	Vorschlag Schäubles zur Änderung des Art. 87a Abs. 2 GG	96
2.	Kritik an der Auffassung Schäubles zur Änderung des Art. 87a Abs. 2 GG	97
3.	Vorschlag Schäubles zur Ergänzung des Art. 87a Abs. 3 GG	100
4.	Kritik an der Auffassung Schäubles zur Ergänzung des Art. 87a Abs. 3 GG	100
5.	Vorschlag Schäubles zur Ergänzung des Art. 35 GG	101

6.	Kritik an der Auffassung Schäubles zur Ergänzung des Art. 35 GG.....	102
7.	Zwischenbilanz und weiteres Vorgehen.....	102
VIII.	Beleuchtung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, Beschluss vom 3. Juli 2012 – 2 PBvU 1/11; Einsatz der Bundeswehr im Inland – Luftsicherheit	103
1.	Zulässigkeit des Einsatzes spezifisch militärischer Waffen.....	104
2.	Möglichkeit präventiver Einsätze	108
3.	Keine ungeschriebenen Sonderkompetenzen für Eil- und Notfälle im Rahmen des Art. 35 Abs. 3 GG	109
4.	Zusammenfassende Würdigung.....	110
IX.	Beleuchtung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, Urteil vom 20. März 2013 – 2 BvF 1/05; Abschuss von Flugzeugen: Schutzlücke oder Bresche für Einsatzerweiterung?.....	111
1.	Zulässigkeit des Einsatzes spezifisch militärischer Waffen.....	112
2.	Möglichkeit präventiver Einsätze	113
3.	Nichtigkeit der alleinigen Entscheidungsbefugnis des Ministers/ Erforderlichkeit des Beschlusses der Bundesregierung als Kollegialorgan	116
4.	Zusammenfassende Würdigung.....	116
E.	Solidaritätsklausel gemäß Artikel 222 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) als Vorlage zur Ergänzung des Grundgesetzes	118
I.	Solidarität und ihre Entstehung innerhalb der Europäischen Union	119
1.	Unterstützende Verpflichtung gemäß Art. 222 Abs. 1 AEUV innerhalb der Europäischen Union.....	120
2.	Erforderlichkeit unterstützender Verpflichtung innerhalb Deutschlands	121
II.	„Nationale Solidaritätsklausel“	124
1.	Anwendung militärischer Mittel im Rahmen solidarischer Unterstützung	125
2.	Erforderlichkeit einer Ratsabstimmung.....	126
3.	Überprüfung aktueller Bedrohungslagen	126
4.	Zusammenfassende Würdigung.....	127
F.	Vorschlag einer Grundgesetznorm für den innerstaatlichen Einsatz deutscher Streitkräfte zur Abwehr terroristischer Angriffe	128
	Schrifttum	130
	Abkürzungsverzeichnis	145